

Daten, Fakten, Meinungen

Finanzierung mittelständischer Unternehmen im nördlichen Rheinland-Pfalz

Eine Untersuchung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Koblenz und des Zentrums für Gründungs- und Mittelstandsfinanzierung an der European Business School (EBS) Östrich-Winkel

► **Industrie- und Handelskammer (IHK) Koblenz**

Schlossstraße 2
56068 Koblenz
Internet: www.ihk-koblenz.de

► **Ansprechpartner: Dr. Dirk Hannowsky**

Telefon: 0261/106 258
Telefax: 0261/106 244
E-Mail: hannowsky@koblenz.ihk.de

EINLEITUNG

Die Studie „Mittelstandsfinanzierung in Deutschland“ ist Ergebnis eines länderübergreifend angelegten Forschungsprojektes der Europäischen Investitionsbank (EIB). Gegenstand dieser Untersuchung war die Finanzierungssituation von kleinen und mittelgroßen Unternehmen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Deutsche Mittelständler hatten im November 2002 Gelegenheit, an einer Befragung teilzunehmen, welche die Industrie- und Handelskammer (IHK) Koblenz gemeinsam mit den IHKs Köln, Saarland und Wiesbaden sowie dem Zentrum für Gründungs- und Mittelstandsfinanzierung an der European Business School in Oestrich-Winkel durchgeführt hat.

Untersuchungsziele waren insbesondere die Bedeutung von Bankkrediten und alternativen Finanzierungsformen, der Zugang zu Krediten, der Kenntnisstand und die Erwartungen in Bezug auf Basel II sowie die Einschätzungen des Mittelstandes zur Steuer- und Wirtschaftspolitik.

Als Mittelstand wurden dabei alle Unternehmen mit einem Jahresumsatz von bis zu 100 Millionen Euro betrachtet. Die Studie konzentrierte sich auf kapitalintensive Branchen bzw. auf (junge) Firmen mit hohem Kapitalbedarf.

Insgesamt beteiligten sich 400 Unternehmen an der Befragung. – Den 172 Teilnehmern aus dem Bezirk der IHK Koblenz sei an dieser Stelle nochmals für ihre Mithilfe gedankt!

Nachfolgend sind die wesentlichen Ergebnisse für den IHK-Bezirk Koblenz dargestellt.

**Internationales
Forschungsprojekt**

**...zur Finanzierung mittel-
ständischer Unternehmen**

Die von Ulrich Hommel und Hilmar Schneider verfasste Gesamtstudie wurde in den EIB Papers (Vol. 8, Nr. 2, 2003) veröffentlicht und kann unter <http://www.eib.org/efs/papers.htm> kostenfrei in englischer Sprache bestellt bzw. heruntergeladen werden.

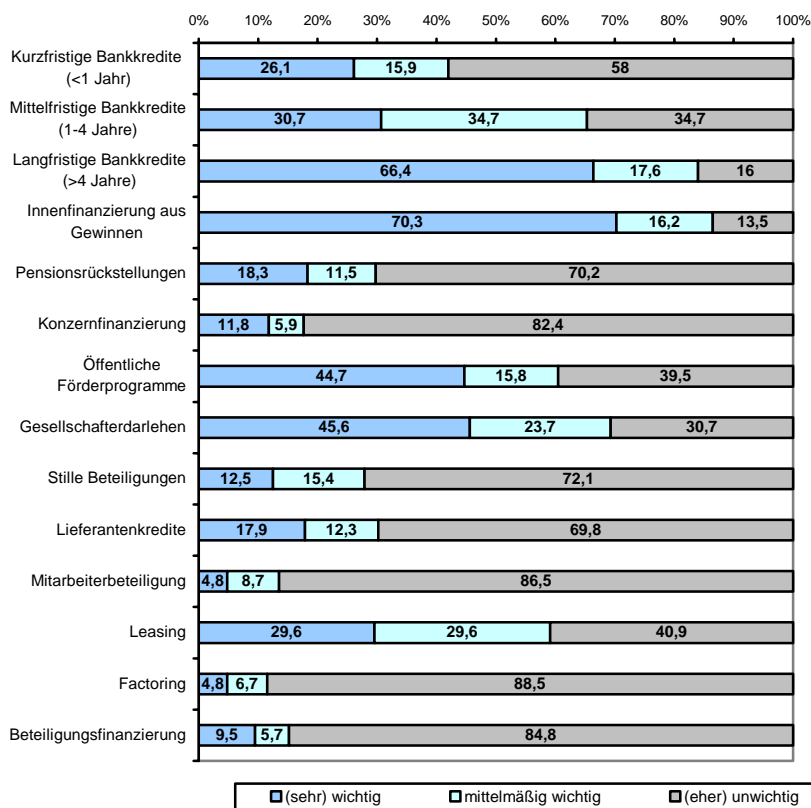
BEDEUTUNG VON BANKKREDITEN UND ALTERNATIVEN FINANZIERUNGSFORMEN

Der klassische Bankkredit ist neben der Innenfinanzierung aus einbehaltenen Gewinnen die mit Abstand wichtigste Kapitalquelle für mittelständische Unternehmen. Alternative Finanzierungsformen, wie Factoring oder Beteiligungskapital, sind hingegen für den überwiegenden Teil der befragten Firmen bedeutungslos. Selbst Lieferantenkredite spielen nur für den kurzfristigen Kapitalbedarf eine Rolle. Für die langfristige Finanzierung sind sie nur noch für knapp 18 Prozent der Firmen relevant.

Bankkredit dominiert

Auffallend ist hingegen die Bedeutung von Gesellschafterdarlehen, die in allen Branchen und Größenklassen häufig genutzt werden.

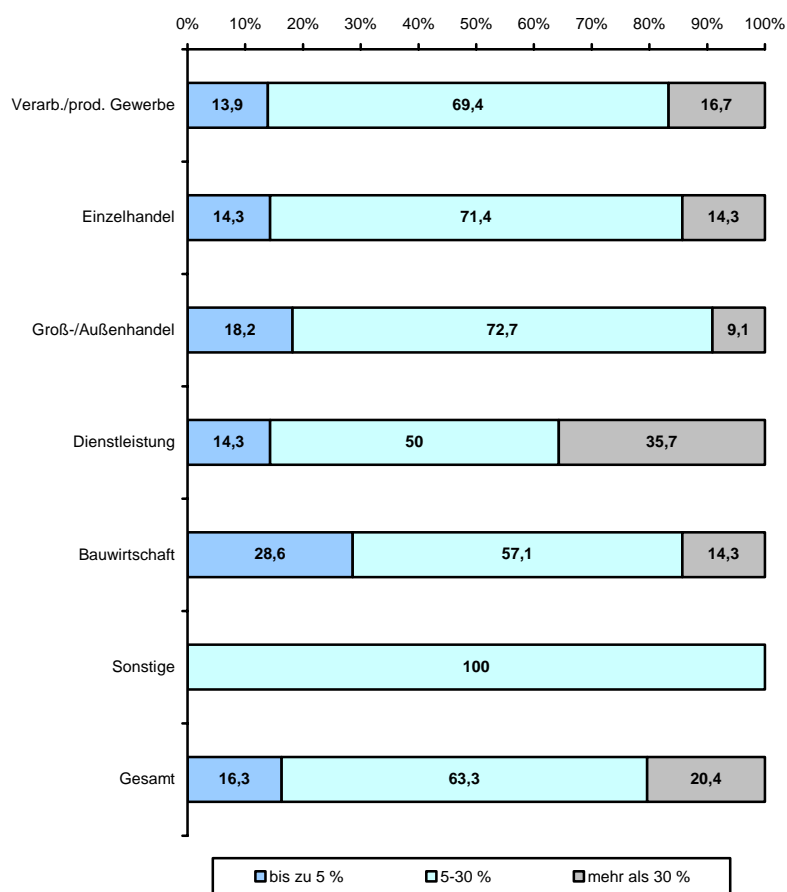
Abbildung 1: Bedeutung von Finanzierungsformen für den langfristigen Kapitalbedarf



Eine Finanzierung unmittelbar über den Kapitalmarkt scheidet als Alternative erwartungsgemäß aus. Keines der befragten Unternehmen nutzt diese Möglichkeit gegenwärtig. 89 Prozent der Unternehmen halten den Börsengang (bzw. Begebung von Unternehmensanleihen) sogar für grundsätzlich unmöglich.

Ähnlich pessimistisch sind die Einschätzungen hinsichtlich der Möglichkeit, Kredite durch alternative Finanzierungsformen zu ersetzen. Lediglich 20 Prozent der Befragten geben an, dass Kredite künftig zu mehr als 30 Prozent ersetzt werden könnten. – Dieses Ergebnis ist weitestgehend unabhängig von der Branchenzugehörigkeit oder dem Sitz des Unternehmens.

Abbildung 2: Möglichkeit, Bankkredite zu ersetzen, nach Branchen

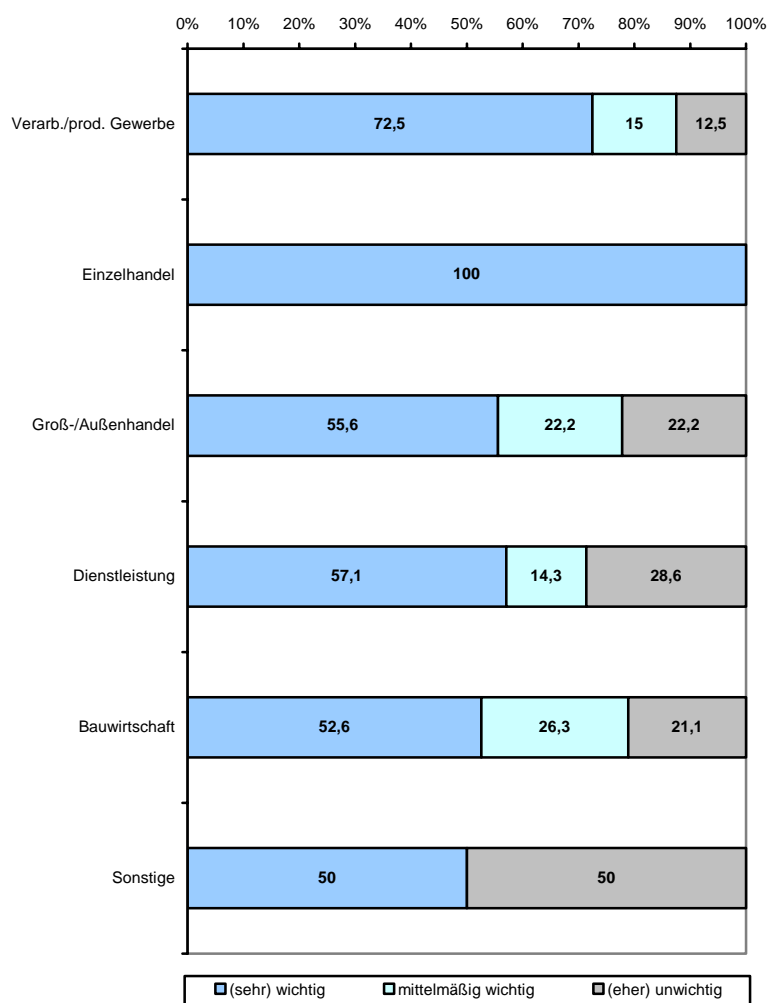


Im Einzelhandel ist die Abhängigkeit von langfristigen Bankkrediten besonders groß: Alle Unternehmen dieser Branche stufen das Instrument als wichtig bzw. sehr wichtig ein.

Auch in anderen Branchen kann auf Bankkredite kaum verzichtet werden (siehe Abb. 3).

Gleichzeitig erwarten rund 82 Prozent der befragten Unternehmen eine zunehmende Bedeutung der externen Finanzierung. Branchenzugehörigkeit oder Sitz des Unternehmens beeinflussen diese Einschätzung nur geringfügig: Für Firmen des Baugewerbes ist der Zugang zu externer Finanzierung am wichtigsten, für Dienstleistungsunternehmen hat er nur geringe Bedeutung.

Abbildung 3: Bedeutung langfristiger Bankkredite

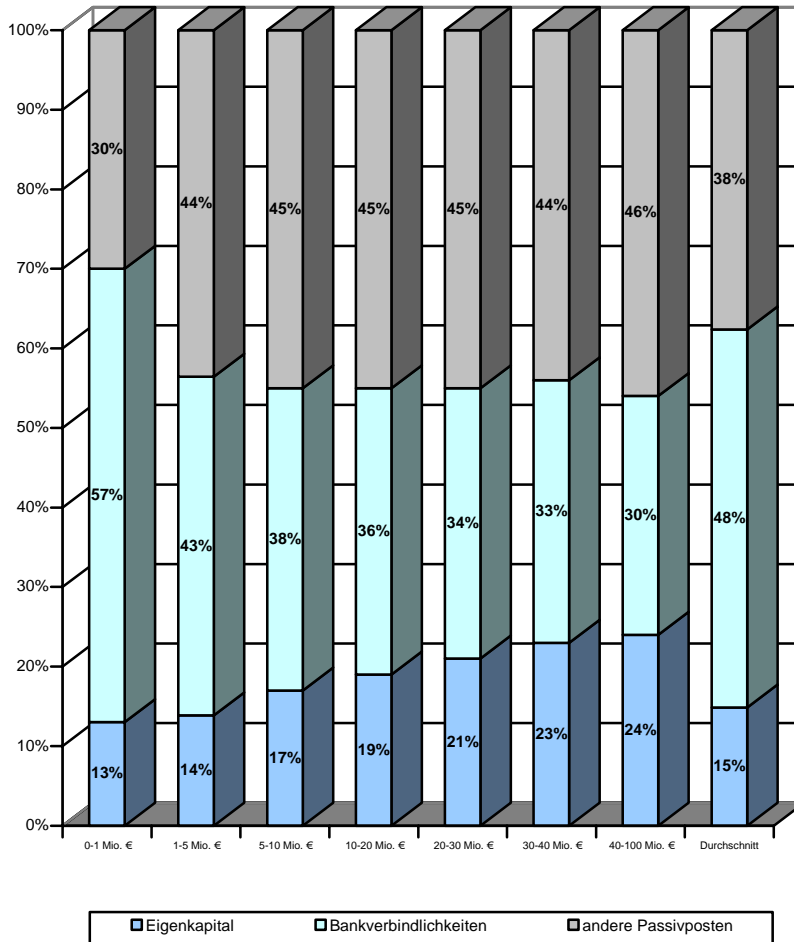


Eine große Abhängigkeit von Bankkrediten kennzeichnet den gesamten deutschen Mittelstand. Wie mit Hilfe von repräsentativem Datenmaterial des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) gezeigt werden kann, weisen gerade kleinere Firmen im Schnitt ein sehr ungünstiges Verhältnis von Eigenkapital zu Bankverbindlichkeiten auf. Darüber hinaus beeinflussen Rechtsform und Branche eines Unternehmens seine Kapitalstruktur zum Teil erheblich. Im Jahr 2000 belief sich die durchschnittliche Eigenkapitalquote im Mittelstand demnach auf lediglich 15 Prozent, das Verhältnis von Bankkrediten zu Bilanzsumme im Durchschnitt auf 48 Prozent. Insbesondere Personengesellschaften, bei denen Gesellschafts- und Privatvermögen haftungsrechtlich nicht getrennt werden, arbeiten oftmals ohne oder sogar mit negativem bilanziellen Eigenkapital. Dies erklärt auch, weshalb mehr als 37 Prozent aller erfassten deutschen Firmen im Jahr 2001 eine Unterbilanz aufwiesen.

Laut einer Untersuchung der Siemens Financial Services GmbH lagen die Eigenkapitalquoten deutscher Unternehmen in 2002 unter 18 Prozent. Nach Angaben der Kreditanstalt für Wiederaufbau ist die durchschnittliche Eigenkapitalquote mittelständischer Industriebetriebe zwar mittlerweile auf 19 Prozent angestiegen, im internationalen Vergleich verfügen die deutschen Unternehmen aber immer noch über eine sehr dünne Eigenkapitaldecke.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (iw) in Köln hat ermittelt, dass kleine Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten nur auf eine durchschnittliche Eigenkapitalquote von etwa zehn Prozent kommen.

Abbildung 4: Kapitalstruktur des Mittelstandes nach Umsatzgröße im Jahre 2000
 (Quelle: Deutscher Sparkassen- und Giroverband)

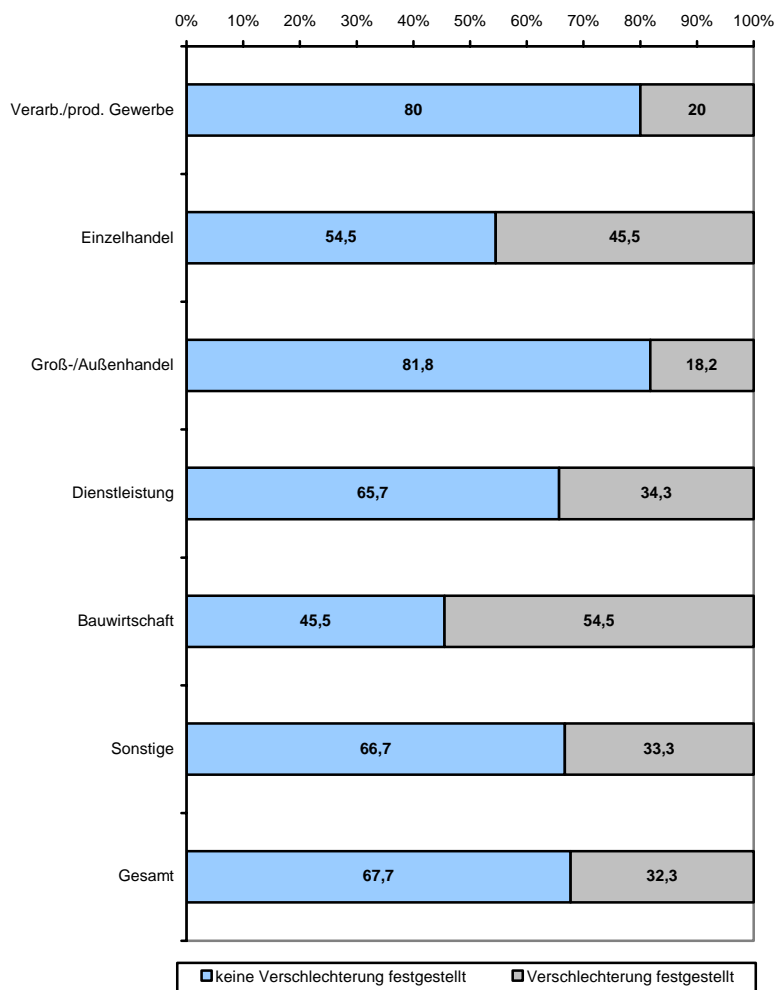


KREDITVERSORGUNG

In Übereinstimmung mit anderen Studien ergeben sich in Bezug auf die Kreditversorgung des Mittelstandes mitunter ernüchternde Resultate. So haben 36 Prozent der zumindest teilweise fremdfinanzierten Unternehmen eine Verschlechterung der Kreditvergabebereitschaft der Banken bei kurzfristigen Krediten innerhalb des letzten Jahres festgestellt. Bei langfristigen Krediten machen 33,6 Prozent der Unternehmen diese Beobachtung. Besonders betroffen ist die Bauwirtschaft sowie der Einzelhandel. Hier berichten 55 Prozent bzw. 45 Prozent der Firmen von einer Verschlechterung.

Verschlechterte Kreditversorgung

Abbildung 5: Entwicklung der Kreditversorgung nach Branchen



...aufgrund fehlender Sicherheiten und unzureichender Eigenkapitalausstattung

Kreditlehnungen mussten in der gleichen Zeit fast 38 Prozent der Firmen verkraften. Die am häufigsten genannten Ablehnungsgründe waren mangelnde Sicherheiten, eine unzureichende Eigenkapitalausstattung sowie eine veränderte Geschäftspolitik der Banken. Bedenken hinsichtlich des Investitionsprojektes (sieben Prozent) oder eine ungeklärte Nachfolgeregelung (weniger als ein Prozent) hatten in den seltensten Fällen Einfluss auf die Kreditentscheidung der Banken.

Sofern zusätzliche Anforderungen an eine Kreditgewährung gestellt wurden, verlangten die Kreditinstitute vor allem zusätzliche Sicherheiten und umfangreichere Informationspflichten.

Abbildung 6: Die wichtigsten Gründe für die Ablehnung von Krediten (Mehrfachnennungen möglich)

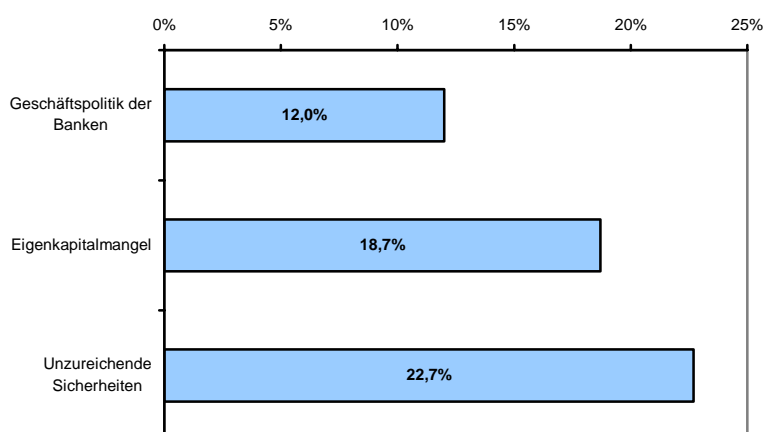
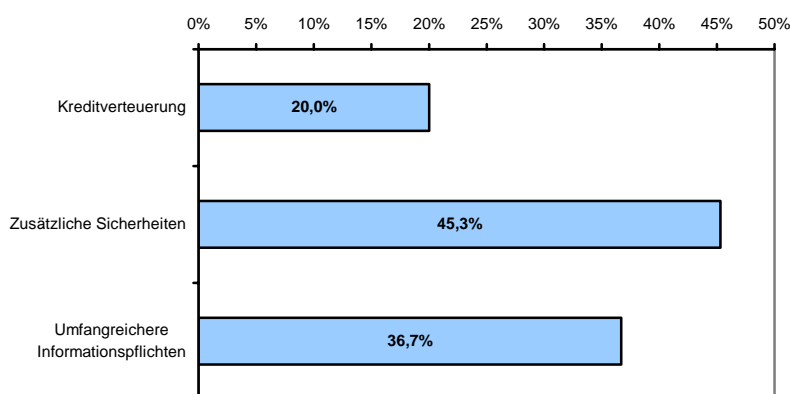


Abbildung 7: Verschlechterte Kreditkonditionen aus Sicht der Unternehmen (Mehrfachnennungen möglich)



BASEL II – KENNTNISSTAND UND ERWARTUNGEN DER UNTERNEHMEN

Viele der bereits zu beobachtenden Veränderungen im Kreditvergabeverhalten der Banken sind als Vorgriff auf die anstehenden Reformen im Zuge von „Basel II“ anzusehen.

Um weiterhin Bankkredite zu erhalten, ist es daher für die Unternehmen wichtig, über die veränderten Vergabekriterien informiert zu sein.

Erfreulicherweise hat sich - im Vergleich zu älteren Umfrageergebnissen - der Kenntnisstand zu Basel II verbessert. Nur noch 23 Prozent der Befragten fühlen sich schlecht oder sehr schlecht über die anstehenden Neuerungen informiert. Größerer Informationsbedarf besteht dagegen hinsichtlich des unter Basel II vorgeschriebenen Unternehmensratings durch die kreditgebende Bank oder durch eine externe Rating-Agentur. Über die von der Bank verwendeten Bonitätseinstufungskriterien wissen 61 Prozent der Firmen nicht ausreichend Bescheid. Mit der Durchführung eines externen Ratings sind 77 Prozent nur wenig vertraut. Rheinland-pfälzische Firmen sind dabei jedoch in allen drei Bereichen signifikant besser informiert als die befragten Unternehmen aus anderen Bundesländern.

Im Hinblick auf die erwarteten Auswirkungen von Basel II rechnen fast 45 Prozent der in der Studie erfassten Firmen mit einem erschwerten Kreditzugang infolge der neuen Bestimmungen. 49 Prozent gehen von verschlechterten Kreditkonditionen aus. Bezeichnenderweise sind es wiederum der Einzelhandel und die Bauwirtschaft, die im Schnitt die größten Nachteile erwarten.

Besserer Kenntnisstand zu Basel II

...aber Rating-Kriterien oftmals unklar.

Abbildung 8: Erwartete Auswirkungen von Basel II auf die Kreditversorgung nach Branchen

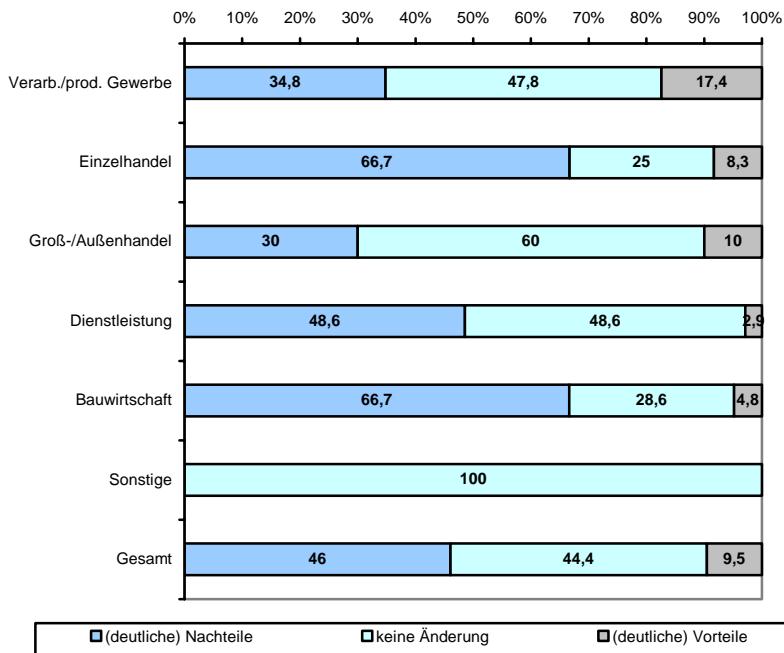
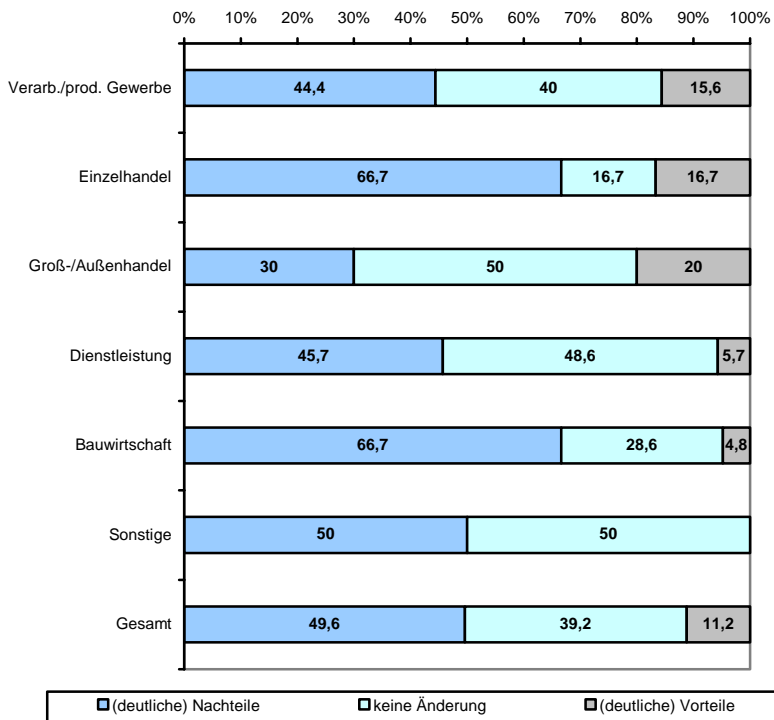


Abbildung 9: Erwartete Auswirkungen von Basel II auf die Kreditkonditionen nach Branchen



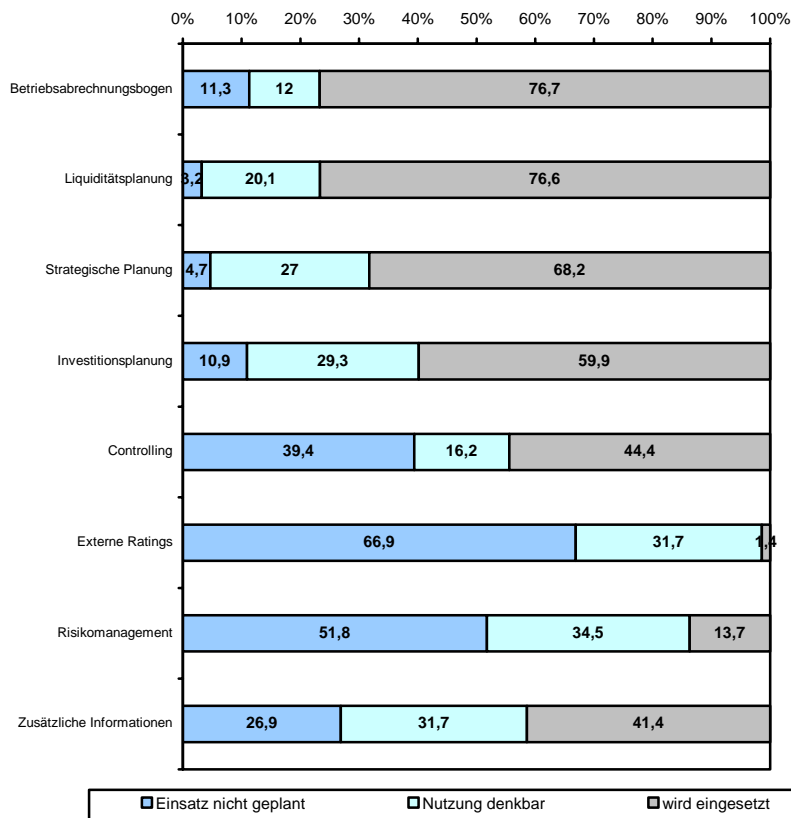
INTERNE VERBESSERUNGSPOTENZIALE

Mehr und mehr wird die Kreditvergabe der Banken in Zukunft davon abhängen, ob die Unternehmen gute Marktchancen und geeignete interne Abläufe glaubhaft machen können. Hierfür benötigen sie betriebswirtschaftliche Planungs- und Steuerungsinstrumente. Viele mittelständische Unternehmen setzen solche Instrumente jedoch gar nicht ein. 23 Prozent der befragten Mittelständler verfügen nicht über eine Liquiditätsplanung zur Steuerung der Einzahlungen und Auszahlungen. 40 Prozent nehmen keine strukturierte Planung ihrer Investitionen vor.

Die Preisgabe zusätzlicher Informationen an Kreditinstitute zum Zwecke der Bonitätsverbesserung lehnen 27 Prozent strikt ab. Größere Unternehmen schneiden bei allen betrachteten Maßnahmen erwartungsgemäß deutlich besser ab als vergleichsweise kleine Betriebe.

**Mangelnder Einsatz
betriebswirtschaftlicher
Planungs- und Steuerungs-
instrumente**

Abbildung 10: Maßnahmen zur Bonitätsverbesserung



Branchenabhängige Unterschiede ergeben sich in Bezug auf den Einsatz von Controllern, die explizite Zuweisung von Risikomanagementaufgaben sowie auf den Einsatz von externen Ratings.

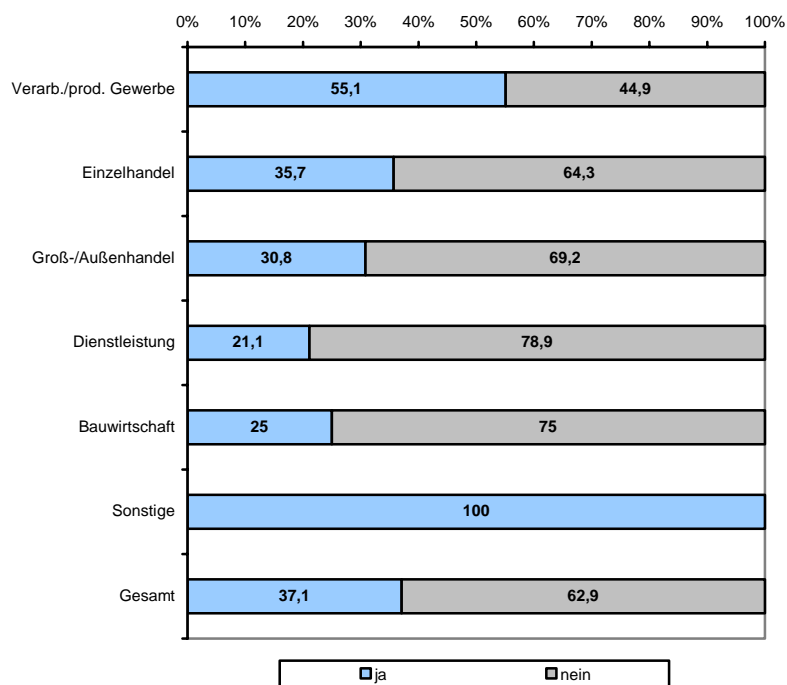
Innerhalb des verarbeitenden bzw. produzierenden Gewerbes finden diese Maßnahmen deutlich mehr Zuspruch als in den übrigen Branchen. Der Einzelhandel und das Baugewerbe stehen ihnen am skeptischsten gegenüber.

BEDEUTUNG VON FÖRDERPROGRAMMEN

Der Staat versucht häufig, durch öffentliche Förderprogramme den Liquiditätsengpässen der Unternehmen entgegenzuwirken. Öffentliche Förderprogramme scheinen jedoch nur von einer Minderheit der mittelständischen Unternehmen tatsächlich in Anspruch genommen zu werden. Zum Zeitpunkt der Befragung nutzten zwar 32 Prozent der Unternehmen diese Programme; fast 61 Prozent hatten jedoch noch niemals Fördermittel in ihrem Betrieb eingesetzt. Ein wesentlicher Grund dafür sind fehlende Informationen. So konnten 38 Prozent der Befragten nicht beurteilen, ob förderfähige Aktivitäten in ihrem Unternehmen vorhanden sind. Außerdem variiert die Inanspruchnahme öffentlicher Fördermittel je nach Branche erheblich. Hierbei fällt insbesondere die verstärkte Nutzung von Förderprogrammen innerhalb des verarbeitenden bzw. produzierenden Gewerbes auf.

Nur etwa jedes dritte Unternehmen nutzt öffentliche Förderprogramme

Abbildung 11: Inanspruchnahme von öffentlichen Fördermitteln nach Branchen



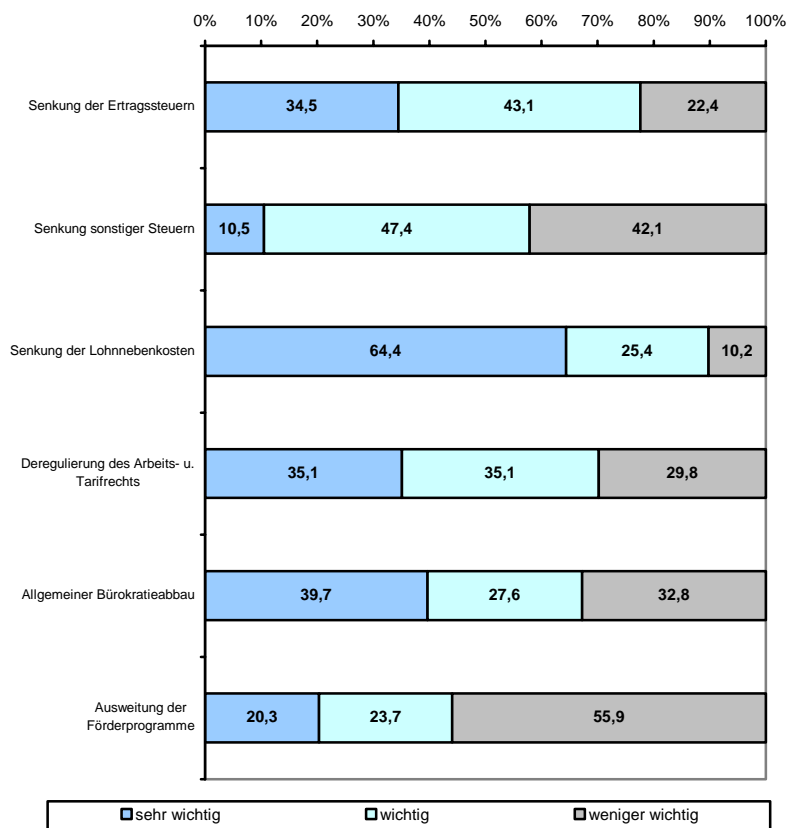
EINSCHÄTZUNGEN ZUR STEUER- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

Aus Sicht der Unternehmen sind nicht in erster Linie öffentliche Fördergelder erforderlich, sondern vielmehr durchgreifende Strukturreformen. Zur Steuer- und Wirtschaftspolitik äußerten die befragten Mittelständler nahezu einhellige Meinungen. Weder Größe, Branche noch Sitz des Unternehmens hatten einen signifikanten Einfluss auf das Antwortverhalten.

Dringendstes Reformvorhaben ist aus Sicht des Mittelstandes die Senkung der Lohnnebenkosten, gefolgt von einer Senkung der Ertragsteuern und einer Deregulierung des Arbeits- und Tarifrechts.

Senkung der Lohnnebenkosten und Steuern sowie Deregulierung des Arbeitsmarktes dringend geboten

Abbildung 12: Bedeutung möglicher politischer Reformvorhaben



Nachbesserungsbedarf gibt es auch bei der Unternehmenssteuerreform. Die ursprüngliche Zielsetzung einer Stärkung der Eigenkapitalbasis durch Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf einheitlich 25 Prozent bzw. durch schrittweise Absenkung des Einkommensteuersatzes wird von der überwiegenden Mehrheit der Unternehmen nicht mitgetragen. Nur für 42 Prozent der Unternehmen ist die Gewinneinbehaltung interessanter geworden. Tatsächlich mehr thesauriert haben 39 Prozent der Befragten. Dabei unterscheiden sich die Antworten der Personengesellschaften kaum von denen der Kapitalgesellschaften, obwohl letztere durch die Einführung des sog. Halbeinkünfteverfahrens einen größeren Thesaurierungsanreiz haben müssten.

Unternehmenssteuerreform

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

Die schwache Binnennachfrage und die sich permanent verschlechternden politischen Rahmenbedingungen, insbesondere die unflexiblen Arbeitsmärkte sowie die zu hohen Steuern und Abgaben, haben die finanziellen Spielräume mittelständischer Unternehmen deutlich reduziert. Durch eigenes Kapital können die entstehenden Engpässe kaum aufgefangen werden, verfügen mittelständische Unternehmen in Deutschland im internationalen Vergleich doch nur über eine sehr geringe Eigenkapitalausstattung.

Um so größer ist demnach die Abhängigkeit der Unternehmen von Fremdkapital.

Eine zentrale Rolle spielen dabei nach wie vor die Hausbanken, die rund 90 Prozent der Kreditentscheidungen treffen.

Im Zuge von Basel II und konjunktureller Krise verhalten sich die Banken jedoch zunehmend restriktiver bei der Vergabe von Krediten an mittelständische Unternehmen.

In einer DIHK-Umfrage beklagte ein Drittel der befragten Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten verschlechterte Kreditkonditionen oder gar Kreditkündigungen.

Dieses Ergebnis wurde auch durch die vorliegende Umfrage bestätigt: Rund 38 Prozent der befragten Unternehmen im nördlichen Rheinland-Pfalz mussten innerhalb des vergangenen Jahres die Ablehnung eines Kreditantrags durch die Hausbank hinnehmen. Zumeist wurde dabei auf die zu geringe Eigenkapitalausstattung der Unternehmen verwiesen.

Obwohl von den Unternehmen bereits zusätzliche Sicherheiten und umfangreichere Auskünfte verlangt werden, hat sich jeder fünfte Kredit verteuert.

Dennoch haben sich deutsche Mittelständler bisher kaum in adäquater Weise auf diese verschlechterten Rahmenbedingungen eingestellt.

So werden alternative Finanzierungsquellen bislang kaum genutzt. Nur im Dienstleistungssektor sieht mehr als jedes dritte Unternehmen die Möglichkeit, einen größeren Teil seiner Bankkredite (mehr als 30 Prozent) durch andere Finanzierungsformen zu ersetzen. Insbesondere der Einzelhandel aber auch das verarbeitende und produzierende Gewerbe sowie das Baugewerbe kann nach eigener Einschätzung jedoch derzeit nicht auf den klassischen Bankkredit verzichten.

Um dabei aber den verschärften Anforderungen der Banken zu entsprechen, müssten die Unternehmen dringend für besser durchleuchtete Unternehmensabläufe sorgen. Hier besteht größter Handlungsbedarf, denn momentan setzen viele mittelständische Unternehmen kaum betriebswirtschaftliche Planungs- und Steuerungsinstrumente ein: 23 Prozent verfügen nicht über eine Liquiditätsplanung zur Steuerung der Ein- und Auszahlungen, 40 Prozent nehmen keine strukturierte Planung ihrer Investitionen vor, 27 Prozent lehnen die Weitergabe zusätzlicher Informationen an die Kreditinstitute strikt ab.

Die Ergebnisse der Studie geben daher Anlass zu der Befürchtung, dass sich die Finanzierungssituation mittelständischer Betriebe in Rheinland-Pfalz weiter verschlechtern könnte.